

II-8858 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4327/J

1993 -02- 25

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Müller, DDr. Niederwieser, Strobl, Mag. Guggenberger
und Genossen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend PVC-Verbotsverordnung für kurzlebige Produkte

Sylvia Pann

Im Jahr 1991 hat der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie den Entwurf eines Verbotes für die Verwendung und Herstellung von PVC in allen Bereichen erarbeitet und vorgelegt.

Im September 1991 hat dasselbe Ministerium den erneuten Entwurf eines Verbotes für kurzlebige PVC-Produkte unterfertigt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten daher nachstehende

Anfrage:

1. Ist es richtig, daß beide Entwürfe in Ihrem Ministerium nicht weiterbehandelt bzw. zumindest nicht befürwortet wurden, wenn ja, welche Gründe führen Sie hierfür an? Unter welchen Voraussetzungen können Sie sich eine Zustimmung zu den, vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie ausgearbeiteten Verboten von PVC-Produkten vorstellen?
2. Ist Ihnen bekannt, daß lt. einer vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in Auftrag gegebenen und im Mai 1992 fertiggestellten Studie 54 % der Österreicher für ein PVC-Verbot eintreten und sogar zwei Drittel aller Befragten der Meinung sind, ohne PVC-Produkte auskommen zu können? Welche Schritte werden Sie setzen, um diesen Ansichten eines Großteils der österreichischen Bevölkerung entsprechen zu können?